

Die „Freiheit“ wird...
Vertrieb: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 133.
Fernsprecher: Amt Norden 2896 und 2898.

Abdruck...
Vertrieb: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.
Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Verständigung in Hamburg.

Die Verhandlungen in Hamburg.

Hamburg, 21. März. (Eigener Trahtbericht der „Freiheit“.) Das „Hamburger Echo“ schreibt heute früh: Verhandlungen über das Auslaufen der Lebensmittelschiffe sind, wie wir erfahren, zwischen Redervertretern und dem deutschen Seemannsbund im Gange. Anscheinend ist eine Verständigung möglich, die das Auslaufen der Lebensmittelschiffe ermöglicht. Es sind nämlich folgende Vereinbarungen vorgeschlagen worden: 1. Die Matrosen verzichten auf solchen Schiffen zu bleiben, auf denen die Ententeuppen befristet werden. 2. Die Entente soll sich verpflichten, auf den reinen Frachtdampfern, also auf solchen Schiffen, die keine Truppen befördern, 50 Prozent deutsche Besatzung zu belassen. Von dem deutschen Seemannsbund ist auf Veranlassung der Deputierten Reichsland, Schiffsahrt und Gewerbe für heute morgen 9 Uhr nach dem Rikus-Bahnhof eine Versammlung einberufen, mit der Tagesordnung: „Die Notwendigkeit der sofortigen Ausfahrt der deutschen Handelschiffe.“ In der Versammlung werden auch hochwürdige Vertreter und Vertreter der Redereien das Wort ergreifen.

Die Berliner Presse meldungen, daß der Hamburger Seemannsbund specialistische Ziele verfolge, sind unzutreffend. Der Seemannsbund hat wohl Forderungen gestellt, doch sollen diese nur auf dem Verhandlungswege erfüllt werden.

Ein Sieg Wilsons.

Genf, 21. März. Präsident Wilson hatte am 18. März eine besondere Konferenz mit Clemenceau, Lloyd George und Orlando, in der nach einer offiziellen Mitteilung der französischen Zeitungen ein grundsätzliches Einverständnis über die weitere Behandlung der Friedensverhandlungen mit Deutschland erzielt worden ist. Es scheint danach, daß auf die Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland endgültig verzichtet worden ist, und daß die Grundlagen für einen wirklichen Präliminarfrieden ausgearbeitet werden sollen. Dieser Präliminarfrieden soll nicht nur die militärischen und maritimen Forderungen der Entente enthalten, sondern auch die Bedingungen für die Abgrenzung des Deutschen Reiches und die finanziellen Bedingungen, ebenso wie für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund. Auf Verlangen Italiens wurde auch anerkannt, daß die Italien interessierenden Gebietsfragen ebenfalls in den Friedenspräliminarien geregelt werden sollen, was allem Anschein nach so ausgelegt werden muß, daß Italien die Umformung der Länder der Österreichisch-ungarischen Monarchie nur im Zusammenhang mit der Entscheidung über das Schicksal Deutsch-Oesterreichs behandelt werden soll. Es ist in Aussicht genommen, die Verhandlungen über diese Friedenspräliminarien zunächst unter den vier verantwortlichen Regierungschefs fortzusetzen und die Konferenz erst wieder zu versammeln, wenn beschleunigte Kommandierungen vorliegen. Man hofft auf diese Weise die Verhandlungen so beschleunigen zu können, daß die Friedenspräliminarien in zwei, spätestens drei Wochen Deutschland mitgeteilt werden können.

Das Bürgertum organisiert sich.

Das Präsidium des Reichsbürgerrats teilt mit: Am 20. März findet im Herrenhofe zu Berlin die zweite Tagung des Reichsbürgerrats statt. Ebenso wie die Arbeiterratsbewegung hat der Bürgerratsgedanke im ganzen Reich sich als Frucht der jetzt erlebten innerstaatlichen Umwälzung immer mehr durchgesetzt und zu einer achtunggebietenden zusammenfassenden Organisation geführt. In der bevorstehenden Tagung wird die endgültige Verfassung des Reichsbürgerrates festgesetzt werden, um ihm und den in ihm zusammengefaßten Bürgerräten den festen und zuverlässigen Unterbau und Zusammenhang zu geben. Sie gewinnt dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß durch eine Reihe gleichzeitiger Anträge die Frage einer herausragenden Vertretung Gegenstand ernster Verhandlungen sein wird. Insbesondere durch die in Aussicht genommene Legalisierung der Arbeiter-Räte ist das Bürgertum in eine sich immer entschiedener auswirkende Abwehr seiner einseitigen Zurückdrängung und einer Ausschaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Interessen (7) genötigt. Für seine wirtschaftliche und politische

Sicherung werden die bevorstehenden Verhandlungen von hoher Wichtigkeit sein, neben den anderen bedeutsamen, aus den Zeitverhältnissen erwachsenen und zur Stellungnahme dringenden Beratungsgegenständen.

Es ist natürlich Unsinn, wenn der Reichsbürgerrat die in Aussicht genommene Legalisierung der Arbeiter-Räte als Vorwand nimmt, um auf die Notwendigkeit der „Abwehr“ der dem Bürgertum drohenden Gefahren hinzuweisen. Das Bürgertum besitzt zahlreiche Organisationen und feste Machtpositionen, die es sofort nach Ausbruch der Revolution für seine Zwecke mobil machen, nicht zur „Abwehr“, sondern zum scharfen Angriff gegen die Erzeugnisse der proletarischen Revolution. Daß es sich immer fester zusammenschließt, ist beargwünzlich — eine herrschende Klasse hat noch nie gutwillig auf ihre Machtstellung verzichtet. Um so mehr sollte die Arbeiterklasse diesen Zusammenschluß des konterrevolutionären Bürgertums als Antrieb nehmen, um ihre Organisationen zu einem mächtvollen Faktor der sozialen Revolution auszugestalten.

Die Hochseefischerei.

Berlin, 20. März. Am 19. März fand im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Reichsministers eine Sitzung zum unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers eine Sitzung über Verteilung der von der Marine freigegebenen Fischdampfer statt. Die Marine erklärte, 68 Fischdampfer zur Zeit entbehren zu können, während die übrigen 31 unbedingt noch für Minensuchzwecke zurückgehalten werden müßten. In Angerter Erweiterung wurde festgestellt, daß die Ansprüche der Redereien, welche Dampfer im Roten Meer verlorren hätten, nicht unberücksichtigt bleiben könnten, und daß es auch am wirtschaftlichsten wäre, durch diese Redereien die Dampfer sofort für einen geordneten Fischfang in Betrieb zu setzen. Andererseits wurde der Wunsch für berechtigt gehalten, auch für die Befahrungen zur Gründung gemeinschaftlicher Hochseefischereiu nternehmungen sofort eine Anzahl von Dampfern zur Verfügung zu stellen, wobei allerdings die Gründung reichseigener Fischereibetriebe vom Regierungssichtpunkt ausdrücklich abgelehnt wurde.

Als Ergebnis der Besprechung wurde festgestellt, daß 34 Fischdampfer alsbald an die durch Verluste im Reichs-Rotenniederlande geschädigten Redereien veräußert werden sollen, während die übrigen zur Zeit verfügbaren 34 Dampfer zurückgehalten werden sollen, um gemeinschaftliche Fischereiu nternehmungen zu fördern, für die in kürzester Frist abgeschlossene Projekte dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt würden. Die Interessenten wurden in bestimmter Frist aufgefordert, die Unterlagen hierfür sofort fortzusetzen und dem Reichswirtschaftsministerium einzureichen. Die Verteilung der später von der Marine freizugebenden Fischdampfer und der vom Reich in Auftrag gegebenen Neubauten wurde weiteren Erörterungen vorbehalten.

Uns erscheint diese Lösung gänzlich ungenügend. Wir behalten uns vor, gelegentlich auf die Frage der Sozialisierung der Hochseefischerei zurückzukommen.

Neue Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Am 1. April soll ein neuer Tarif für den Personenverkehr auf der Eisenbahn in Kraft treten. Während bisher nur die Benutzung von Schnellzügen wesentlich verteuert war, soll jetzt eine Erhöhung auch im Verkehr mit Personenzügen eingeführt werden, die gegenüber den jetzigen Fahrpreisen in der ersten Klasse 100 Prozent, in der zweiten 40 Prozent und in der dritten 30 Prozent betragen soll.

Die bürgerliche Presse sucht diese neue Belastung des Verkehrs in den Personenzügen, die die breiten Massen der Bevölkerung zu tragen haben, zu rechtfertigen. Aber während sie gegen die Verordnungen der Regierung Einspruch erhebt, wenn sie ohne Bestätigung des Reichstages politische Rechte einrückt, so hat sie nichts dagegen einzuwenden, daß jetzt diese neue große Steuerlast der Fahrpreise eingeführt wird, ohne daß dem Parlament Gelegenheit gegeben ist, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Wir erheben gegen diese Anordnung den schärfsten Einspruch. Wir tun es nicht nur, weil das Parlament in dieser Sache nicht gehört worden ist, sondern besonders deshalb, weil die Festsetzung der Fahrpreise in unmittelbarem Zusammenhang steht mit der Frage der Reuregelung des Verkehrs, wofür überhaupt und weil eine Klärung dieser Frage durch eingehende sachliche Beratung des Parlamentes herbeigeführt werden muß.

Sozialismus und Arbeiterschaft.

Immer wieder träumten Menschen, die die Ungerechtigkeit, Lieblosigkeit und Ungleichheit ihrer Welt schmerzhaft empfanden, von einem Zukunftsreich, in dem die Menschen gleich und brüderlich miteinander leben würden. In farbenprächtigen Gemälden zeichneten sie die Ordnung ihrer Traumgebilde. Und schon vor Jahrhunderten spielte der Gedanke der Beseitigung des Privateigentums (oft nicht nur des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern auch an den Konsumtionsmitteln) dabei eine große Rolle.

Aber all diese Pläne und Entwürfe mußten Luftschlösser, „Utopien“, bleiben, solange die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht die Vorbedingungen für eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens geschaffen hatte. Solange noch der Kleinbesitz vorherrschte, mußte die Beseitigung des Privateigentums undurchführbar sein, weil sowohl die technischen Vorbedingungen fehlten, wie vor allem auch die Massen solcher, deren Interessen auf eine derartige Sozialisierung drängten, und die damit die Träger der Umwälzung werden konnten.

Erst als sich auf den Trümmern der feudalen Wirtschaft und des „Polizei Staates“ die moderne kapitalistische Wirtschaftsepoche entwickelte, der Großbetrieb den Kleinbetrieb und den Mittelbetrieb immer mehr verdrängte, erst da entstanden die technischen Möglichkeiten einer Vergesellschaftung der Wirtschaftsunternehmungen. Da bildeten sich in dem modernen Industrie proletariat auch die Massen heraus, die mit ihrem ganzen Interesse auf eine Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln hinarbeiteten, und deren Zahl rasch und immer rascher derart wuchs und anstchwoll, daß alle Maßnahmen zu ihrer Niederhaltung schließlich nicht ihren Aufstieg zur Macht verhindern konnten.

Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem hat die allgemeine Kultur außerordentlich gefördert; aber seine Arbeitsweise war immer eine Ausnutzung der Arbeitskraft der Beschäftigten, die weithin Not und Elend schuf. Schon in jungen Jahren wurde der Proletarierlohn gezwungen, in die Produktion des Kapitals zu treten und in überlanger Arbeitszeit zur Bereicherung seines Arbeitsherrn zu launten. Mehr und mehr rief die Gier des Kapitals nach billigen Arbeitskräften auch Frauen und Mädchen in die Fabriken, und mochten schließlich soziale Gesetze der Arbeitszeit von Frauen und Jugendlichen bestimmte Grenzen ziehen, es blieb eine Anspannung schwacher Kräfte, die oft vor der Zeit zum Verfall, zum Ruin des Lebens führte. Wehrlos war die Masse der Arbeiter den Launen und der Willkür ihrer „Arbeitsherrn“ preisgegeben. Gewiß, sie hatten jederzeit das Recht, ihren Arbeitsvertrag zu lösen; mit Stolz rühmte sich ja die Bourgeoisie, dem Arbeiter diese „Freiheit“ geschenkt zu haben. Aber wer von dieser Freiheit Gebrauch machte, mußte gewärtigen, dann auch „frei“ von allen Existenzmitteln daustehen, der Arbeitslosigkeit und dem Hunger preisgegeben. So schuf die Furcht vor dem Elend aus der großen Masse der freien Arbeiter doch bloße Sklaven des Kapitals. Und dieses mußte seine Machtstellung, nicht den Umstand, daß es allein über die modernen Maschinen, Fabriken usw. verfügte, ohne die keine moderne Arbeit mehr möglich war, dazu aus, um die große Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen auf einem Lohnniveau zu halten, das kaum eine auskömmliche Ernährung ermöglichte, geschweige denn Mittel gab zu einem menschenwürdigen Dasein und Anteilnahme an den Gütern der Kultur.

Es war gewiß nicht bloß die Schlechtigkeit der einzelnen Kapitalbesitzer, die das Proletariat ausbeutete und um seine Lebensfreude brachte. Es war das System, das jeden Unternehmer zwingt, Ausbeuter zu sein. Nur wer darauf aus war, möglichst große Gewinne aus der Tätigkeit seiner Arbeiter herauszuholen, konnte darauf rechnen, „konkurrenzfähig“ zu bleiben und nicht selbst unter die Räder zu kommen. So drückten letzten Endes die Skrupellosen auf die Humaneren und gaben den Ton an für die Ausbeutung der Arbeiter. Innerhalb gewisser Grenzen konnten die Arbeiter wohl Milderungen erzielen, indem sie sich zusammenschlossen und mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Aktionen einen Druck auf das Unternehmertum ausübten. Aber doch immer nur innerhalb gewisser Grenzen. Die Ausbeutung an sich, die Tatsache, daß ein erheblicher Teil des Arbeitsvertrages nicht den Arbeitenden zufloß, sondern

